

## **Indonesien – Zerfall des Einheitsstaates oder demokratische Erneuerung?**

Im Staatswappen wird der nationale Zusammenhalt Indonesiens mit Sanskrit-Worten beschworen: „Bhineka tunggal ika – Einheit in der Vielfalt“. Mit diesem Appell war den Holländern nach nahezu drei Jahrhunderten kolonialer Bevormundung die Unabhängigkeit der neuen, 17 000 Inseln einbeziehenden Republik abgetrotzt worden. Am 17. August 1945 proklamierten Präsident Sukarno und sein Vize Mohammad Hatta den Einheitsstaat.

Ein halbes Jahrhundert danach ist diese Einheit in Frage gestellt. Der von Jakarta aus zentralistisch regierte Vielvölkerstaat ist in eine Zerreißprobe geraten. Niemand vermag gegenwärtig zu sagen, ob die „Einheit in der Vielfalt“ eine Zukunft haben wird. An allen Ecken und Enden der Republik der Inseln wird der Ruf nach Eigenständigkeit und Selbstbestimmung laut. Beides ist den Menschen während der 32 Jahre der autokratischen Herrschaft Suhartos, des zweiten Präsidenten, versagt worden. Die Vielfalt wurde im Namen einer erzwungenen Einheit von Jakarta aus unterdrückt, diskriminiert, erstickt. Regionale Eigenart verkam zu Folklore, die sich tanzend und singend im Vorabendprogramm des staatlichen Fernsehens darzustellen hatte. Die nationale Klammer ist offenbar schwächer, regionales Aufbegehren stärker als es das Regime des Präsidenten bis zu dessen Sturz im Mai 1998 alle Welt glauben machte.

Für Indonesien stellen sich heute Existenzfragen, wie nicht mehr seit den Jahren des Kampfes um die Unabhängigkeit: Wie ist ein Archipel ordnungspolitisch zu gestalten, der sich über 5 000 Kilometer erstreckt und von mehr als 210 Millionen Menschen bewohnt wird? Wie lassen sich die Interessen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit (nahezu 90 Prozent) und der Minderheiten mit christlichen und anderen Religionszugehörigkeiten in gegenseitigem Respekt befrieden und befriedigen? Wie ist das Verhältnis zwischen den überbevölkerten Inseln Java, Madura und Bali, immerhin der Heimat von zwei Dritteln aller Indonesier, und den so genannten Außeninseln zu regulieren, so dass eine faire und gerechte Nutzung der natürlichen Reichtümer und wirtschaftlichen Möglichkeiten allen zugute kommt?

Das sind keine akademischen Fragen für ein Politseminar. Die Antworten darauf werden entscheiden, ob Indonesien zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Neuanfang als lebensfähiger moderner Staat schafft oder im Chaos und in Selbstzerfleischung versinkt. Vernunft und eine an Sachlichkeit orientierte Debatte wären die Voraussetzung, um die Weichen zu stellen. Doch das gegenwärtige Indonesien ist zum Schauplatz innenpolitischer Auseinandersetzungen geworden, die bereits in bürgerkriegsähnlichen Eruptionen ausarteten. Schlechte Zeiten für kühle Köpfe. Indonesien bietet geradezu typisch das zerrissene Bild eines Verfalls von Werten und Maßstäben, wie es in der Geschichte immer wieder nach einer Jahrzehnte lastenden Alleinherrschaft zu beobachten war.

Wie kein anderes asiatisches Land, das an den Folgen der Asienkrise Ende der neunziger Jahre leidet und laboriert, ist Indonesien ins Schlingern geraten. Nicht der brutal unterdrückte Ruf nach Demokratie hat das Suharto-Regime ins Wanken gebracht, sondern der dramatische Verfall der nationalen Währung und deren internationale Finanzverflechtung. Das wirtschaftliche Desaster hat dann erst die tiefer liegenden Probleme der Politik offen gelegt. Weil jeglicher Ansatz demokratischer Mitsprache bis zu Suhartos erzwungenem Rücktritt abgewürgt worden war, konnte es zu keinem Interessenausgleich kommen. Dessen Verwirklichung oder Scheitern entscheidet nun über die Zukunft des Landes.

## Einheitsstaat der Gegensätze

Die Inselwelt erstreckt sich über drei Zeitzonen an der Nahtstelle zwischen Festland-Asien und Australien, zwischen Indischem und Pazifischem Ozean. Mit 210 Millionen Menschen rangiert Indonesien unter den volkreichsten Staaten der Welt auf Platz vier. Bahasa Indonesia heißt die nationale Sprache; und doch sind schätzungsweise 200 sehr verschiedene Regionalsprachen lebendig geblieben. Die archaische, stammesbezogene Lebensweise der Papua-Völker ist Welten entfernt von Hightechzentren javanischer Universitäten. Während sich Dayaks in den Weiten der Wälder von Borneo/Kalimantan mit dem Hackmesser ihren Weg freischlagen, erdulden die Menschen im Dschungel der javanischen Millionenstädte unter dem Zeichen fragwürdigen Fortschritts abgasgeschwängerte Luft und Dauerstau auf den Straßen. Protestierende Studenten fordern demokratische Verhältnisse und verbreiten ihre intellektuelle Botschaft via Internet in alle Welt. Gleichzeitig werden mit schwarzer Magie im östlichen Java verfluchte Menschen unter Ausschluss der Öffentlichkeit hingerichtet.

Als die Holländer „ihr“ Niederländisch-Ostindien nach einem blutigen Kolonialkrieg mit bis zu 200 000 Toten in die Unabhängigkeit entließen, war die Grenzziehung der neuen Herren Indonesiens mit dem Gründungspräsidenten Sukarno klar: Es sollten die Grenzen des einstigen Kolonialreiches sein. Deshalb forderte Jakarta auch die Einbeziehung der westlichen Hälfte von Papua-Neuguinea. Dazu erklärte sich Den Haag erst 1963 bereit; die Provinz wurde Irian Jaya genannt. 1975/76 annektierte Indonesien das bis dahin portugiesisch verwaltete Osttimor. Es blieb stets ein Fremdkörper im Staatsverband und wurde nach einem Referendum unter UN-Aufsicht im Oktober 1999 in die Selbstständigkeit entlassen.

Das heutige Indonesien würde es ohne die koloniale Verwaltung und territoriale Besitznahme durch die Holländer seit Beginn des 16. Jahrhunderts gar nicht geben. Zuvor existierten malaiische Reiche, aber keines dehnte sich über das Gebiet aus, das die Kolonialmacht durch Kriege und Intrigen, durch Einmischung in dynastische Erbfolgen einheimischer Fürsten und mit brutaler Unterdrückung regionalen Widerstandes zusammengerafft hatte. Aus diesem Erbe erstand die Republik Indonesia, und zwar mit traditionellem, zentralistischem Machtanspruch und bewährten Ausbeutungsmethoden. Ob im einstigen Batavia oder im späteren Jakarta: Alles, was der Archipel mit den vielfältigen Bodenschätzen und erwirtschafteten Reichtümern zu bieten hatte und hat, wurde von der Zentralregierung, ihren Günstlingen und ihrem Apparat wie von einem gefräßigen Monster absorbiert. Der Reichtum des gesamten Archipels wird nach Java gebracht und dort wird entschieden, welcher Anteil den Erzeugern zusteht. Die Außeninseln und deren Bewohner sehen sich in der Rolle der Zulieferer und als Almosenempfänger.

Die separatistischen Bewegungen von Aceh im Norden Sumatras und von Irian Jaya ganz im Osten machen weltweit Schlagzeilen. In der Provinz Riau wird Unabhängigkeit von Jakarta gefordert, ebenso in Südsulawesi, in Südkalimantan und auf den Molukken. Der Ruf nach Freiheit hat regional zahlreiche Gründe. Religionen, Kultur, Geschichte, Menschenrechtsverletzung spielen eine Rolle; widersprüchliche Vorstellungen von Bodenbesitz und Bodennutzung, ein unterschiedliches Rechtsverständnis. Vielfältiger können Weltbilder, Philosophien, Glaubensinhalte gar nicht sein als das, was die Volksgruppen Indonesiens eher trennt als verbindet. Doch bei genauerem Hinsehen geht es bei den militant ausbrechenden Konflikten auch und vor allem um handfeste Wirtschaftsdaten.

In dem überall im Archipel zu hörenden Anspruch auf Autonomie manifestiert sich ein neues, wachsendes Selbstbewusstsein der vielen Ethnien. Über die Inseln verteilt leben mehr als 200 Volksgruppen und Stämme. Sie beziehen ihre kulturelle Identität aus eigenständiger Entwicklung und Geschichte. Es gehört zu den historischen Halbwahrheiten, dass die niederländische Kolonialmacht mehr als drei Jahrhunderte über den gesamten Archipel geherrscht habe. Weite Bereich der Außeninseln kamen erst im 19. Jahrhundert, einige

Regionen kamen niemals unter die Kolonialverwaltung. Der Alleinvertretungsanspruch Jakartas nach der Unabhängigkeit im Jahre 1945 hat stets die Maßstäbe gesetzt, an denen sich auch völkische Minderheiten auszurichten hatten.

### **Nationale Gleichschaltung**

Das Militärregime des Präsidenten Suharto betrieb rigoros die nationale Gleichschaltung. Mit der staatlichen Umsiedlungspolitik Transmigrasi wurden Millionen von Javanern, Maduresen und Balinesen auf Außeninseln verfrachtet und dort als Fremde weniger willkommen geheißen als geduldet. Die Integration fand nicht statt. Grausame Massaker alteingesessener Dayak-Gruppen im Süden Kalimantan an den zugewanderten Maduresen brachten zu Beginn des Jahres 2001 aller Welt erneut das gescheiterte Konzept der Umsiedlungspolitik auf die Fernsehschirme. Javaner besetzen überall im Archipel einflussreiche Posten in Militär und Verwaltung. Die jeweils einheimischen Menschen wurden an den Rand gedrängt, autochthone Völker von Jakarta mit einer Scheinalternative auf Entwicklung und Fortschritt verpflichtet: Anpassung oder Selbstaufgabe.

Aceh, Irian Jaya und Osttimor sind nur die spektakulärsten Schauplätze, auf denen das andere Gesicht des sich in der Weltöffentlichkeit gern als lächelnder Landesvater darstellenden Präsidenten Suharto zu sehen war: die brutale Seite seines Regimes, das lange Zeit vom Ausland, auch von der deutschen Regierung des Kanzlers Helmut Kohl, hochgelobt worden war, weil die Wirtschaft florierte und Suharto als freundlicher Javaner auftrat, der nie ein lautes Wort sagte. Die Verfolgung kritischer Geister im Lande, die Knebelung der Presse, die Ermordung von Gewerkschaftsführern, die alltägliche Einschüchterung bildeten Hintergrund und Fundament jener Politik, die „Neue Ordnung/orde baru“ genannt wurde. Mit Suhartos Abdankung am 21. Mai 1998 ging sie formal zu Ende. Der Rücktritt war von Gewalt gekennzeichnet, die jedem historischen Einschnitt der indonesischen Geschichte opferreich einen Stempel aufdrückt. Es gab Plünderungen, mehr als tausend Tote, von der Armee inszenierte Massenvergewaltigungen vornehmlich chinesischstämmiger Frauen und Mädchen.

Unter dem seither erkennbaren staatlichen Autoritätsverlust und dem ramponierten Ansehen der Armee fordern völkische Gruppierungen ihr Recht auf Selbständigkeit ein. Wie stets in Krisen gewinnen ethnische Werte und Religionszugehörigkeit eine Bedeutung, die scheinbar verloren gegangen war oder zumindest in den zurückliegenden Jahren nicht mehr derart verteidigt wurde, wie das nun der Fall ist. Ähnlich wie in Ex-Jugoslawien melden sich regionale Stimmen zu Wort, die stets zum Schweigen verurteilt waren. Längst macht auch in Indonesien das Wort von der „Balkanisierung“ die Runde.

### **Kollektiver Amok?**

Die Beobachter Indonesiens sind vom aufbrechenden Gewaltpotential aufgeschreckt. Sind da Tendenzen eines kollektiven Amoklaufes erkennbar? Amok ist ein Begriff aus der malaiischen Welt. Blindwütig morden. In einem anfallartig ausbrechenden Affekt auf Mitmenschen schießen. Selbstzerstörerisch um sich stechen. Töten im Zustand geistiger Verwirrung. Das alles benennt das Wort Amok. Und genau das hilft nicht weiter, die gegenwärtigen Gewaltausbrüche in Indonesien zu erklären. Was sich zwischen Aceh und Westpapua an lang aufgetauter Spannung in äußerster Brutalität entlädt, hat mit psychisch-krankhaftem Amok wenig, mit Politik dagegen viel zu tun.

Gewalt ist auch in Indonesien nichts Neues. Nach dem 30. September 1965, der das Ende des Präsidenten Sukarno einleitete und den Aufstieg Suhartos begründete, wurden schätzungsweise 500 000 Menschen umgebracht und Zehntausende in die Gefängnisse gesteckt. Mit äußerster Brutalität wurde die „Neue Ordnung“ des Generals Suharto

durchgesetzt. Das auf Hochglanzprospekten gepriesene Bild paradiesischer Harmonie entsprach nie der Wirklichkeit. Gewalt hat ein Ausmaß angenommen, das die historische Dimension eines in totalem Umbruch befindlichen Staates markiert. Es geht um die neue Definition der staatlichen Grundlagen, um Fortbestand oder Auflösung des Einheitsstaates. In Zeiten des Umbruchs schließen sich Volksgruppen und Religionsgemeinschaften enger zusammen, grenzen sich ab, um aus der gemeinsamen Identität heraus den Verlust an gesellschaftlichem Halt zu kompensieren. Die jeweils anderen werden als Feinde angesehen oder von den Führern und Ver-Führern als solche abgestempelt. Den jeweilig anderen wird das Mensch-sein aberkannt, um sich und seine Werte zu erhalten. Hinzu kommt die allgemeine Orientierungslosigkeit im Zusammenbruch einer staatlichen Ordnung, die ihren Kredit verspielt und Vertrauen verloren hat.

So wird ein Graben aufgerissen, den es gerade in Indonesien mit solch unüberbrückbaren Abgründen in der Vergangenheit nicht gegeben hat: die Kluft zwischen Muslimen und Christen. Es ist weniger ein religiöser als ein politisch-wirtschaftlich motivierter Konflikt. Die Religionszugehörigkeit wird zum Vehikel der Auseinandersetzungen. Gerade junge Menschen auf der Suche nach Identifikation im allgemeinen Werteverlust entdecken den Islam als moralische Kraft. Niemand vermag vorherzusagen, welche Folgen die Stärkung des Islam in Politik und Gesellschaft haben wird. Zur Polarisierung und Radikalisierung hat die Auseinandersetzung bereits auf fatale Weise beigetragen und zur Bereitschaft in breiten Bevölkerungskreisen, sich polarisieren und radikalieren zu lassen. Blutige Zusammenstöße zwischen Muslimen und Christen haben zur Jahrtausendwende bereits Tausende von Toten gefordert und Hunderttausende in die Flucht getrieben. Moscheen gingen ebenso in Flammen auf wie Kirchen. Auf den Molukken-Inseln lieferten sich Muslime und Christen blutige Straßenschlachten. Ganze Stadtviertel wurden niedergebrannt. Schlagbäume trennen seither Siedlungen der Christen und der Muslime. Zu Weihnachten 2000 explodierten zeitgleich in acht Großstädten in verschiedenen Provinzen vor christlichen Kirchen deponierte Bomben. 15 Tote und mehr als 200 Verletzte waren zu beklagen.

Die Hintermänner in Politik und Militär halten sich bedeckt, doch die Folgen der von ihnen aufgeputschten Schlägertruppen und Agenten sind unermessliches Leid und wachsender Hass zwischen den Volksgruppen. Die einfache Bevölkerung durchschaut nicht einmal das üble Spiel, das mit ihr getrieben wird. Der Suharto-Clan und seine Günstlinge, nach wie vor mit riesigen unkontrollierbaren Geldmitteln ausgestattet, mischen im Kampf um die Vormacht weiter mit. Korruption bestimmt den Alltag – ganz so und möglicherweise noch schlimmer, als habe sich seit Suhartos Sturz außer den Namen seiner Nachfolger im Präsidentenamt kaum etwas verändert.

Wer bei den Gewaltausbrüchen genauer nach den Hintergründen forscht, stößt immer wieder auf Provokateure, die die Spannungen aufheizen und offenbar die Interessen ganz anderer Leute vertreten: bezahlte Killer, beauftragte Unruhestifter im Dienste einflussreicher Militärs und Politiker, die ein Interesse an der Destabilisierung des Landes haben, um sich und ihre Position zu stärken – um dann als vermeintliche Retter der Nation auftreten zu können.

## **Die Mega-Wahl**

Mit den ersten einigermaßen freien Parlamentswahlen im Juni 1999 keimte die Hoffnung vieler Indonesier, der Weg in demokratische Verhältnisse könne nun beschritten werden. Es war die erste Wahl in Indonesien nach 44 Jahren, bei der das Ergebnis nicht bereits vorher feststand. Die 112 Millionen wahlberechtigten Bürger mussten sich unter 48 zugelassenen Parteien entscheiden. Sie taten es entgegen allen Befürchtungen friedlich; und sie taten es in großer Zahl. Die Wahlbeteiligung lag bei 90 Prozent.

Fast drei Monate hatte es gedauert, bis das Wahlergebnis offiziell bekanntgegeben wurde. Es war eine Mega-Wahl in des Wortes doppeltem Sinne: zum einen, was die Wähler-Millionen betrifft, zum anderen, was und wer deren offensichtlich mehrheitliche Hoffnungen personifizierte. Es ist Megawati Sukarnoputri, volkstümlich Mega genannt; die älteste Tochter des Staatsgründers Sukarno. Ihre Partei, die Demokratische Indonesische Partei des Kampfes (PDI-P), errang von den 462 wählbaren Parlamentssitzen 154. Zweitstärkste Fraktion wurde mit 120 Sitzen die Partei der funktionalen Gruppen (GOLKAR), die einstige Macht- und Massenbasis des Präsidenten Suharto. Auf Platz drei kam mit 58 Sitzen die muslimisch-geprägte Vereinigte Entwicklungspartei (PPP), eine der ehemaligen „Blockflöten“-Parteien der Suharto-Ära.

Abdurrahman Wahid, volkstümlich Gus Dur genannt, blieb mit seiner Partei der Volks-Erhebung (PKB) abgeschlagen zurück, setzte sich aber als Kompromisskandidat und als Integrationsfigur durch und wurde für das höchste Amt im Staate nominiert: der vierte Präsident Indonesiens. Megawati übernahm die Vizepräsidentschaft.

Wahid stammt aus dem zentralen Java und ist Nachfahre charismatischer islamischer Gelehrter. Er studierte in arabischen Ländern, ist weltoffen, ein Meister der Rhetorik und geübt auf dem Parkett internationaler Konferenzen. Lange Jahre führte er in Indonesien die populäre islamische Massenorganisation „Nahdlatul Ulama“. Als „Querdenker“ trat er bereits während des Suharto-Jahre für demokratische Reformen ein, hatte aber auch keine Berührungspunkte, sich einvernehmlich an der Seite Suhartos und dessen geschäftstüchtiger Tochter Tutut und Repräsentanten des alten Regimes zu zeigen.

Wahid, der als Saubermann angetreten war, geriet zu Beginn des Jahres 2001 selbst in den Verdacht der Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern. Im parlamentarischen Verfahren, das über die mögliche Absetzung entscheiden soll, ging es gar nicht so sehr um den Wahrheitsgehalt der Anschuldigung, sondern darum, dass Wahid überhaupt in derartige Skandale verstrickt ist. Die Arroganz, mit der er darauf reagierte, hat seinen Ruf weiter lädiert, ein ehrlicher Makler im Nach-Suharto-Indonesien zu sein. In Amien Rais, dem Parlamentssprecher, erwuchs ihm ein Rivale und Widersacher, der selbst Ambitionen auf das Präsidentenamt hat.

Abdurrahman Wahid hätte als Präsident des Ausgleichs und der Integration, der Versöhnung und des demokratischen Aufbruchs in die Geschichte eingehen können. Diese Chance hat er in einer absurden Mischung aus Ignoranz und Arroganz verspielt. Nach den Wahlen von 1999 war das Parlament keine Instanz lupenreiner Demokratie geworden, wahrlich nicht, aber es war ein Instrument politischer Entscheidungsprozesse, die der neue Präsident hätte ernst nehmen müssen. Er aber verhöhnte das Parlament und verrannte sich mehr und mehr in eine präsidiale Alleinherrschaft, die das Amt zwar formal ermöglicht, die aber in dieser geschichtlichen Phase der Neuorientierung absolut kontraproduktiv war.

Die Konfrontation zwischen Präsident und Parlament hat allen Kritikern im Lande – in besonderer Weise den Militärs – neuen Auftrieb verschafft, die schon immer die Unfähigkeit der Zivilisten beklagten, ohne selbst überzeugende Alternativen anzubieten. Im Juli 2001 spitzte sich der Machtkampf dramatisch zu. Wahid versuchte durch die Ausrufung des Notstandes seinem Amtsenthebungsverfahren (impeachment) zu entkommen. Doch Militär und Polizei verweigerten den Gehorsam. In einer Sondersitzung der Beratenden Volksversammlung (MPR) wurde Wahid am 24. Juli 2001 seines Amtes enthoben. Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri wurde mit überwältigender Mehrheit zur Präsidentin gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Hamzah Haz bestimmt, der Vorsitzende der PPP (Vereinigte Partei der Entwicklung, Sammelbecken verschiedener islamischer Parteien). Die befürchteten Gewaltausbrüche im Umfeld des Machtwechsels waren ausgeblieben. Drei Wochen später stellte Megawati ihr neues Kabinett vor, dessen personelle Zusammensetzung

vor allem in den wirtschaftspolitischen Ressorts von Kompetenz geprägt wird. Ob deren Einfluss stark genug sein wird, Indonesien aus der Krise herauszuführen, ist eine der offenen Fragen. Ebenso gibt die neue Präsidentin weiterhin Anlass für Zweifel an ihrer Durchsetzungskraft und Führungsqualität.

Megawati Sukarnoputri galt und gilt vielen Indonesiern als Hoffnungsträgerin für eine von humanitären Werten bestimmte Politik, die den kleinen Leuten, den stets benachteiligten und heute in der Mehrzahl noch ärmeren Menschen als je zuvor zugute kommen sollte. Doch die populäre Erwartung hat Megawati bisher weder durch Worte und Visionen noch durch politische Tatkraft auch nur andeutungsweise erfüllt. Sie ist nicht so sehr als eigenständige Politikerin aufgefallen, sondern als Tochter des ersten Präsidenten. Dessen Nimbus lebt fort in Indonesien als Inbegriff des staatlichen Neubeginns nach niederländischer Kolonialzeit, als mitreißender Redner, der den Indonesiern neues Selbstbewusstsein gab. Sukarno verkörperte den Zeitgeist eines der so genannten jungen Völker, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre über Jahrhunderte unterdrückten Rechte einforderten. Sukarno schuf die nationale Identität, die nun in Indonesien zutiefst infrage gestellt wird. Die Ära, da Männer wie Sukarno auf der Weltbühne eine Rolle spielten, ist unter den Zwängen der Globalisierung längst vorbei. So erscheint denn auch Megawati eher als eine Figur, die rückwärts gewandte Vorstellungen von vermeintlich besseren Zeiten repräsentiert, aber nicht die Statur hat, für Reformen und Demokratie zu kämpfen. Eine Position vertritt sie in den wenigen ihrer politischen Äußerungen klar: das unbedingte Festhalten am Prinzip des Einheitsstaates, den ihr Vater begründete. Gegen die Abtrennung Osttimors hatte sie sich deutlich ausgesprochen. Ebenso macht sie Front gegen eine denkbar gewordene Abspaltung von Aceh und Irian Jaya. Damit befindet sich Megawati im Konsens mit der Führung der Armee, deren Unterstützung sie im Falle eines mehr oder weniger freiwilligen Amtsverzichts Abdurrahman Wahids bei der Übernahme der Präsidentschaft sicher sein kann.

### **Armee in doppelter Funktion**

Die Generäle haben weiterhin das Sagen. Doch es gibt nicht „die“ Armee. Einzelne Waffengattungen verstehen sich auf dem Felde der Politik als Konkurrenten. Das Heer, das mit seinen Einheiten über den gesamten Archipel stationiert ist, hält mehr Macht in den Händen als die Luftwaffe oder die Marine. Längst zeigt sich ein Generationenkonflikt zwischen Offizieren der verschiedenen Jahrgänge. Spezialeinheiten wie Kopassus und Kostrad sehen sich als Eliten und zuständig, mit allen Mitteln der Gewalt und der Intrige immer wieder auch Politik zu machen. Die Armee versteht sich als geschlossene, streng hierarchische Männergesellschaft, in der familienähnliche Regeln gelten und der jeweilige Vorgesetzte bis in die höchsten Ränge eine Art Vaterrolle spielt, wie der deutsche Armeeanalytiker Ingo Wandelt ausführt:

Die Verwendung des Familienbegriffs ist kein Euphemismus, sondern verbirgt hinter dem Mantel der Propaganda einen Wesenskern dieser Streitkräfte... Hinter der Familie steht das Prinzip, dass die formale, nach außen präsentierte Hierarchie der Kommandopositionen nur ein Teil der verborgenen, wahren Kommandostruktur ist.<sup>1</sup>

Die bewaffneten Streitkräfte sind das Produkt des Unabhängigkeitskampfes in den vierziger Jahren. Immer wenn die damals errungene und erzwungene nationale Einheit gefährdet war, tatsächlich oder scheinbar, dann rückte die Armee von Java aus vor. Die konservativ-muslimischen Gruppierungen, die in der Darul-Islam-Bewegung bis in die fünfziger Jahre

---

1 Ingo Wandelt: Familienbande – Eine kleine Einführung in die Tiefenstruktur der TNI. In: Indonesien-Information 3/2000

hinein militant und gewaltvoll den Islam-Staat einforderten (Indonesien ist trotzdem ein säkularer Staat geworden); die Separatisten, die Ende der fünfziger Jahre auf einigen Außeninseln die Abspaltung betrieben; die von links inspirierten Auseinandersetzungen innerhalb der Armee, wie sie 1948 in Madiun ausbrachen und zum angeblich kommunistischen Putsch vom 30. September 1965 führten, der in einer Art Gegenputsch den General Suharto an die Macht brachte; der opferreiche Loslösungs-Prozess des ehemaligen portugiesischen Osttimors aus dem 1975 erfolgten Anschluss an Indonesien: In diesem Ringen um die Republik Indonesien und die Erhaltung der gesamtstaatlichen Grenzen sah sich die Armee stets als wichtigster Ordnungsfaktor und war in der Durchsetzung dieses Anspruches niemals zimperlich.

Die militärische Führung beruft sich dabei auf das Werden der Armee, die aus dem Widerstand gegen die holländischen Kolonialherren entstanden ist und nicht aufgrund von Weisungen und Beschlüssen ziviler Gremien eingerichtet wurde. Der ursprüngliche Name verweist darauf: „Tentara Keamanan Rakyat Indonesia (TKR)“, die Armee zur Sicherheit des Volkes, am 5. Oktober 1945 gegründet – ein Datum, das alljährlich in landesweiten Truppenparaden gefeiert wird. Am 3. Juni 1947 erhielt die Armee nach einer Umorganisation den Namen „Tentara Nasional Indonesia (TNI)“, die nationale Armee, und so heißt sie auch heute wieder.

Von Anfang an hat sich ihre Führung nicht als Instrument einer von Zivilisten bestimmten Regierung verstanden, wie es zur Definition der militärischen Rolle in westlichen Demokratien unabdingbar gehört. Aus den Jahren ihrer militärischen und politischen Beteiligung am Kampf für die Unabhängigkeit leitete die Armee ihre staatstragende Doppelfunktion ab, die als „dwi fungsi“-Doktrin zum Inbegriff geworden ist, nämlich bei der Landesverteidigung ebenso wie bei den politischen, sozialen und ökonomischen Entscheidungen ein gewichtiges Wort mitzureden, demnach in allen gesellschaftlichen Bereichen präsent und prägend zu sein. Dies führte in den Jahrzehnten der Suharto-Herrschaft, die auf dem Militär basierte, zur Militarisierung der Gesellschaft. Der Präsident konnte sich auf seine Generäle verlassen und verstand es skrupellos, rivalisierende Offiziere kaltzustellen, die ihm hätten gefährlich werden können.

Jahrzehntelang konnte die Militärführung ungehemmt schalten und walten und als Staat im Staate auftreten. Sie entzog sich jeglicher öffentlichen Kontrolle in dem Land der gegängelten Massenmedien. Eine Besonderheit der Machtverteilung sind die Parlamentssitze, die dem Militär eingeräumt werden, also gar nicht wählbar sind. Bei den früheren Wahlen standen den Streitkräften 75 Sitze zu; das geänderte Wahlgesetz von 1999 sieht immer noch 38 militärische, nicht gewählte Parlamentsmitglieder vor.

Die Armee ist auch weiterhin fest entschlossen, ihre politische Mitsprache zu erhalten. Doch wie nie zuvor in der jüngeren indonesischen Geschichte ist die Armee in Frage gestellt. Nach Baladas Ghosdal, Indonesien-Kenner und Politikwissenschaftler an der malaysischen National-Universität in Kuala Lumpur, haben die Militärs

ihre Glaubwürdigkeit verloren durch all die Berichte über den Machtmissbrauch in der Behandlung separatistischer und sektiererischer Konflikte. Die Rolle der Armee in der Politik ist schwächer geworden. Ob die Studenten oder Reformisten den Kampf gegen die Doppelrolle der Militärs fortsetzen oder nicht, die Armee wird es in jedem Falle schwerer haben, ihre alte Rolle weiter zu spielen.<sup>2</sup>

---

2 Far Eastern Economic Review, 5.8.1999

Baladas Ghosdal macht in seiner Analyse auf den grundlegenden Wandel aufmerksam, in dem sich Indonesien befindet:

Das Indonesien von heute hat kaum noch eine Ähnlichkeit mit dem Land der sechziger und siebziger Jahre, basierend auf einer Plantagenwirtschaft mit einer weniger komplexen Gesellschaft, die sich militärischer Kontrolle unterwerfen ließ. Die Armee nutzte ihre Stellung, um Positionen in Wirtschaft und Regierung zu beanspruchen. Das Indonesien der neunziger Jahre hat eine Gesellschaft, die einbezogen ist in eine Weltwirtschaft, sie ist Teil einer voneinander abhängigen Welt. Multinationale Unternehmen und Finanzierungsgesellschaften betreiben ihre Geschäfte im globalen Verbund, das schließt die Produktion, den Handel, die Geldströme ein. Das bezieht jeden Staat in sehr komplexe Abhängigkeiten ein, was den Weltmarkt, die Ressourcen, die Kredite betrifft.<sup>3</sup>

### **Das indonesische Dilemma**

Das indonesische Dilemma ist offenkundig: Ohne innenpolitische Beruhigung gibt es keine wirtschaftliche Gesundung, und ohne ökonomische Zuwachsraten, von denen auch breite Bevölkerungsschichten etwas abbekommen, keine Stabilisierung des ansatzweise demokratischen Versuchs der Neuordnung. Zwischen den unkonventionellen Sprüchen eines Abdurrahman Wahid und der Schwerfälligkeit des Staatsapparates liegen Welten. Das trifft für die weit verzweigte Administration zu. Das bezieht die Armee ein, deren Offiziere sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen konnten und können. Das gilt für die obrigkeitshörige und käufliche Justiz, die zu Suhartos Zeiten bloße Erfüllungsgehilfin der Machtdurchsetzung gewesen war und in diesem Selbstverständnis verharrt. Rechtsunsicherheit ist ein Grundübel geblieben. Hinter den Kulissen hat sich dabei bisher wenig verändert. Indonesien gilt noch immer als eines der korruptesten Länder Asiens. Die in Hongkong ansässige Political and Economic Risk Consultancy (PERC), die das Korruptionsrisiko für Investoren einschätzt, setzte Indonesien in diesem Zusammenhang noch vor Indien, China und die Philippinen an die Spitze der Negativliste.

Von einer nachhaltigen Erholung der Wirtschaft kann keine Rede sein. Die Grundeinstellung der Bosse im In- und Ausland ist noch immer abwartend und zögernd. Das lässt sich auch an der Zurückhaltung der finanzkräftigen chinesisch-stämmigen Indonesier erkennen. Traditionellerweise nahmen sie als ethnische Minderheit eine führende Position im Industrie- und Bankenwesen ein, gerieten in Notzeiten stets zwischen alle Stühle, flüchteten 1998 in den gewalttätigen Wirren nach Suhartos Rücktritt außer Landes und zogen Kapital in Milliardenhöhe aus der indonesischen Wirtschaft ab. Die Auslandsverschuldung hat 145 Milliarden US-Dollar erreicht und ist kontinuierlich gestiegen. Die Hälfte der Staatseinnahmen muss für den Schuldendienst ausgegeben werden. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt umgerechnet etwa 500 Deutsche Mark. Solch statistische Verallgemeinerung der großen Zahlen verschleiert selbstverständlich den weiter auseinanderklaffenden Abstand zwischen der wohlhabenden Oberschicht, den Profiteuren des Suharto-Regimes und den Krisengewinnlern, einerseits und der Bevölkerungsmehrheit andererseits. Heute gehen beträchtlich weniger Kinder zur Schule als vor einigen Jahren, weil die Eltern die Gebühren nicht mehr bezahlen können. In einem Gesundheitswesen, dessen medizinischen Leistungen jeweils bar und teuer zu bezahlen sind, haben naturgemäß die Ärmsten am meisten zu leiden.

Ein Drittel der Bürger ist noch keine 14 Jahre alt; nahezu die Hälfte ist unter 20. Diese Jugendlichkeit begründet Chancen und Gefahren. Die neue Offenheit gerade der jungen

---

3 Ebd.

Menschen setzt eine Dynamik frei, die sehr wohl dem Aufbau einer kritikfähigen Zivilgesellschaft dienen könnte; eine Dynamik aber auch, die bei ausbleibenden Erfolgen des demokratischen Ansatzes, bei weiteren wirtschaftlichen Rückschlägen oder einem neuerlichen Militärputsch blutige Straßendemonstrationen und zunehmende Gewalt auslösen würde. Die jungen Indonesier sind in die Konsumgesellschaft hineingewachsen und haben andere Ansprüche an Leben und Karriere als frühere Generationen. Die Fernsehschirme zeichnen Bilder von Lebensarten, die aus aller Welt stammen und wie überall von westlichen Werten der Freizügigkeit geprägt sind. Die Atmosphäre der Auseinandersetzung um Wünsche und Selbstbestimmung ist offener geworden. Was sich in den kritischen Beiträgen der nunmehr freieren Massenmedien niederschlägt, bestimmt zunehmend auch die ganz persönlichen Gespräche. Die Menschen lassen sich nicht mehr gängeln und einschüchtern wie zu Suhartos Zeiten.

### **Das belastende Erbe Suhartos**

Der einstige General galt als Mann, der die Interessen des Westens vertrat und im Ost-West-Konflikt und Kalten Krieg einen militanten Antikommunismus betrieb, der ihm das Wohlwollen in Washington, London und Bonn sicherte. Sein Aufstieg war mit der wirtschaftlichen Entwicklung hin zu einem der Tigerstaaten verbunden gewesen. Sein Fall zeigte, auf welchem erdbebengefährdetem Boden die vermeintliche Erfolgsstory begründet war.

Ideologie spielt keine Rolle mehr. Pragmatismus ist gefragt, Nüchternheit und wirtschaftspolitische Sachkompetenz. Globalisierung zwingt zur Professionalität. Die politische Willensbildung erfordert neue Strukturen. Befehl und Gehorsam, seit Jahrzehnten eingeübt und eingeprengelt, sind keine brauchbaren Instrumente, um eine zivile Gesellschaft zu entwickeln. Doch die Voraussetzungen für den Neuanfang sind dürftig. Indonesien hat keine demokratischen Traditionen, die sich an europäischen Vorbildern messen lassen könnten. Macht ist stets personifiziert und von oben nach unten durchgesetzt, aber niemals institutionalisiert worden. Die Gewaltenteilung eines Montesquieu, die Ideen der Französischen Revolution, die Vision demokratischer Gleichheit der Menschen, wie sie Toqueville entwickelte, die Deklaration der Menschenrechte, wie sie die amerikanische Verfassung festschrieb – all das fand im fernen Indonesien kaum oder gar kein Echo.

Der Widerstand gegen die holländischen Kolonialherren war nicht demokratisch, sondern nationalistisch angetrieben. Anders als die Briten in Indien hinterließen die Holländer keine demokratisch ausgerichtete Idealvorstellung von staatlicher Herrschaft. Die in sich zerstrittenen und konkurrierenden politischen und religiösen Kräfte Indonesiens übernahmen zwar Begriffe aus dem westlichen Politlexikon, legten aber großen Wert auf die eigene Interpretation der verbalen Fundstücke. Die 1945 formulierte Staatsphilosophie „Pancasila“ klingt in westlichen Ohren vertraut, weil die darin genannten politischen Maximen mit ihren Begriffen dem lateinisch-abendländischen Verständnis entlehnt wurden: Humanität, nationale Einheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit. Aber Worte und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

### **Wohin, Indonesien?**

Mit militärischer Gewalt und Repression wie bisher lässt sich der Archipel als Einheitsstaat auf Dauer nicht mehr zusammenhalten. Die zentrifugalen Kräfte der Außeninseln sind zu stark geworden. Wenn deren besonderen Bedürfnisse und Befindlichkeiten keine Chance der friedlichen Entfaltung haben, droht tatsächlich der Zerfall des Einheitsstaates. Da dessen Grenzen als Ergebnis der holländischen Kolonialverwaltung und deren Absprachen mit anderen europäischen Kolonialmächten zustande gekommen waren, ist zumindest die Frage erlaubt: Warum sollten sich nicht neue Staaten bilden, die einen inneren Zusammenhalt haben

und wirtschaftlich so gut oder schlecht lebensfähig wären wie viele andere Staaten auch? Darüber könnte pragmatisch verhandelt und danach gehandelt werden.

Doch das Beispiel Osttimor zeigt auf erschreckende Weise, welcher politische Sprengstoff in Indonesiens Suche nach dem Neubeginn steckt. Die Armee und ihre paramilitärischen Hilfstruppen können mit Waffengewalt jederzeit regionale Aufstände provozieren und niederschlagen und so ihre eigene Position festigen. Ein Spiel mit dem Feuer. Mit dem Gewaltszenario ist weder eine soziale Befriedung noch eine wirtschaftliche Gesundung, noch eine politische Stabilisierung zu erzwingen. Die weltpolitische Großwetterlage unterscheidet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts wesentlich von der der sechziger Jahre. Mit dem gewaltvollen Zerfall des Staates der Inseln in Inselstaaten geriete Südostasien ins Wanken und würde Australien in Bedrängnis bringen. Durch den Archipel verlaufen auf indonesischem Hoheitsgebiet Meeresstraßen von globaler Bedeutung. Die innerindonesischen Spannungen haben eine weit über Südostasien hinausreichende Dimension. Die geostrategische Lage des Archipels, seine Rohstoffe und wirtschaftliche Potenz, die Zahl seiner Menschen machen klar, dass die ganze Welt ein vitales Interesse an einer gewaltfreien Lösung der Probleme hat.

Naheliegender ist eine Neuordnung des Staates mit föderaler Selbstverwaltung der Provinzen. Ansätze dazu sind vorhanden, auch bereits auf der Basis eines Gesetzes, das seit dem 1. Januar 2001 gilt. Über dessen Anwendung gehen die Meinungen aber noch weit auseinander. Ob die Dezentralisierung eine Chance der Verwirklichung hat, ist bei den gegenwärtig unkalkulierbaren Machtverhältnissen fraglich. Es zeichnet sich bereits ab, dass das bisherige System von Nepotismus und Korruption bloß von der Jakarta-Ebene auf die Provinz-Ebene verlagert wird, lokale Bürokraten und Politiker mächtiger werden und der regionale Reichtum doch nur in wenige Taschen fließt. Gleichwohl liegt in der Autonomie der Provinzen, wenn Macht öffentlich kontrollierbar wäre, die einzige Möglichkeit, den Staat mit friedlichen Mitteln in seinen jetzigen Grenzen zu bewahren.

Noch ist nicht zu erkennen, wer künftig das ins Schlingern geratene Staatsschiff Indonesien lenken wird. Die Hoffnungen auf einen Neuanfang unter demokratischen Vorzeichen sind wieder geschrumpft. Der eigentliche Machtkampf findet weiterhin dort statt, wo seit langem der Kurs bestimmt wird, nicht im parlamentarisch-öffentlichen Raum, sondern hinter den Kulissen. Von dort aus werden die Massen mobilisiert, die dann auf den Straßen agieren und die politischen Spannungen anheizen. Im Geheimen planen die Militärs ihre Strategien. Fundamentalisten jeglicher Couleur und Religionszugehörigkeit haben Zulauf. Die Zeichen in Indonesien stehen auf Sturm. Es ist völlig offen, ob die Aufstände in Aceh und anderen Regionen die schmerzhaften Geburtswehen eines neuen Indonesiens sind oder ob sie den Todeskampf um eine inhaltsleer gewordene Staatsdoktrin von „Einheit in der Vielfalt“ einleiten.

Rüdiger Siebert  
Leiter des Indonesienprogrammes der Deutschen Welle, Köln